

Hormersdorfer Appell gegen die Zerschlagung kommunaler Baumschutzsatzungen

Die sächsische Koalitionsregierung verfolgt ohne sachlich und fachlich nachvollziehbare Gründe und ungeachtet massiver Proteste von Naturschutzvereinigungen und kommunalen Spitzenverbänden weiter das Ziel, die Zuständigkeit der sächsischen Städte und Gemeinden zur Regelung des Baumschutzes in von deren erlassenen Baumschutzsatzungen zu beschneiden.

Die Mitglieder des BUND Landesverband Sachsen e.V. treten seit der Gründung vor über 20 Jahren als „Anwalt der Natur“ engagiert für einen wirksamen Baumschutz ein. Bereits 2007 hat die politische Vernunft über die politische Taktik gesiegt und der damalige Versuch zur Aussetzung des Baumschutzes konnte abgewehrt werden.

Nun soll erneut unter dem Motto „Bürokratieabbau“ massiv in Naturschutzbelange eingegriffen werden. Dagegen ist Widerstand Bürgerpflicht. Ihre Empörung brachten BUND-Mitglieder beispielweise im Gespräch mit Landtagsabgeordneten am 3. März 2010 in Torgau vor. Unsere Mitglieder wie auch zahlreiche Bürger haben die online - Petition der Naturschutzvereinigungen für den Erhalt des Baumschutzes unterzeichnet.

Offensichtlich werden aber alle Warnungen in den Wind geschlagen, auch die Hinweise der Sachverständigen aus der öffentlichen Anhörung am 19.03.2010 im Sächsischen Landtag, die von vielen BUND Mitgliedern von der Zuschauertribüne begleitet wurde.

Der nunmehr dem Landtag zugeleitete Änderungsantrag zum geplanten „Gesetz zur Vereinfachung des Landesumweltrechtes“ wird den Forderungen von Naturschutzvereinigungen und kommunalen Spitzenverbänden, den Hinweisen der Sachverständigen und den Erwartungen der Bürger nicht gerecht. Künftig sollen ohne Genehmigung, Bäume „auf mit Gebäuden bebauten Grundstücken“ bis zu einem Stammumfang von einem Meter gefällt werden können. Für Obstbäume, Nadelgehölze, Pappel, Birken und Baumweiden soll es auch diesen reduzierten Schutz nicht mehr geben. Dass Baumarten wie die Weißtanne und die Schwarzpappel wegen deren Seltenheit inzwischen artengeschützt sind, wurde dabei offenbar ganz vergessen.

Der vorliegende Entwurf muss abgelehnt werden, er ist schon vom Ansatz her falsch und „handwerklich“ schlecht gemacht und eines vom Sächsischen Landtag zu beschließenden Gesetzes nicht würdig. Desweiteren sollten weitere Versuche, die kommunale Planungshoheit, den Vorrang Gemeinwohl vor Eigennutz und den Schutz der natürlichen Reichtümer Sachsens auszuhöhlen, unterlassen werden. Sach- und Fachargumente sollten in der Abwägung über das politische Kalkül gestellt werden.

Unterzeichner

Hormersdorf, 30.05.2010

Die aus Anlass des 20jährigen Bestehens des BUND Sachsen e.V. vom 28. – 30. Mai 2010 in der Jugendherberge Hormersdorf im Erzgebirge zusammengekommenen Mitglieder der BUND-Regional- und Interessengruppen